

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Den europäischen Integrationsprozess vorantreiben: „Die Einheit und Stärkung Europas ist heute notwendiger denn je“

Der Europatag am 9. Mai ist für uns Saarländer ein besonderer Tag. Die Erinnerung an die wegweisenden Ideen, die mit der Rede Robert Schumans verbunden sind, ist für uns wichtig, weil diese nicht nur ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der europäischen Integration darstellen, sondern auch Bedeutung für deren Zukunft hat. Für uns im Saarland waren die Pläne zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Robert Schuman am 9. Mai 1950 in einer Rede erläuterte, eine epochale Weichenstellung, die über mehrere Generationen hinweg Wohlstand und Frieden garantierte. Die Geschichte unseres Landes lehrt, dass das Schicksal der Menschen unserer Region eng verbunden ist mit dem Fortschritt der europäischen Idee. Dies gilt heute wie damals.

Auch die Kernidee, die hinter der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl steht, hat noch heute Relevanz. Diejenigen Fragen, über die und mittels derer man in der Vergangenheit Krieg geführt hatte, die existentiell für jede europäische Nation waren, nun zusammen zu gestalten und in eine gemeinsame Verantwortung zu geben, das war der Grundgedanke Schumans. Heute 73 Jahre nach der historischen Rede des damaligen französischen Außenministers ist dieser Gedanke noch immer aktuell.

Diejenigen Fragen und Themen, die heute existentiell für uns Europäer sind, in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten, ist unsere europapolitische Überzeugung und muss Leitgedanke des Fortschreibens des europäischen Integrationsprozesses sein. Ein stärkeres Europa in den großen Fragen unserer Zeit. Dafür werben wir Saarländerinnen und Saarländer aus tiefer Überzeugung und historischer Erfahrung.

Doch die Europäische Union ist seit über 15 Jahren im permanenten Krisenmodus. Nationale Alleingänge, das Erstarken europafeindlicher Kräfte und auch der Brexit haben die Europäische Union geschwächt. Der 9. Mai erinnert uns hingegen daran, welche Überzeugungen die europäische Idee stark gemacht haben. Hieran wollen wir wieder anknüpfen.

Dies gilt nicht zuletzt für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Bedrohung der Sicherheit der Europäer hat deutlich gemacht, wie entscheidend nach wie vor vom Einsatz der USA im Rahmen der NATO in Europa für die Verteidigungsfähigkeit der Europäer ist. Für diesen Einsatz der USA sind wir unseren Partnern dankbar. Ziel muss es dennoch sein, durch eine ambitionierte und nachhaltige Politik der Stärkung unserer militärischen Fähigkeiten dieses Ungleichgewicht innerhalb der NATO zu reduzieren und die strategische europäische Souveränität zu stärken. Wir wollen die weitere Integration unserer europäischen Armeen nicht zuletzt im Hinblick auf gemeinsame Rüstungsprojekte vorantreiben und damit die eigene Verteidigungsfähigkeit der Europäer innerhalb der NATO stärken.

Dies ist jedoch auch für die Zukunft der Energieversorgung unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft ein Grundgedanke, von dem wir uns leiten lassen wollen. Nicht zuletzt die Folgen des fortschreitenden Klimawandels stellen die Menschen auch in Europa vor Herausforderungen, auf die nationale Antworten zu kurz greifen werden. Gerade im Saarland sind wir darauf angewiesen, dass die Transformation unserer Industrie zur Klimaneutralität gelingt und kompatibel mit Arbeitsplatzsicherheit und Wohlstand für die Bevölkerung bleibt. Der „green deal“ der EU muss daher die Transformation der europäischen Industrie und Wirtschaft massiv unterstützen. EU und Bundesregierung sind in der Verantwortung für die Menschen in unserer Region, deren soziale und wirtschaftliche Perspektive vom Gelingen dieses Strukturwandels entscheidend abhängt.

Nur eine gemeinsame europäische Lösung kann es zudem in der Migrationspolitik geben. Nur mit einer Migrationspolitik, die auf Humanität und Ordnung setzt, können wir unsere Werte und unsere Interessen verwirklichen. Kern einer europäischen Asylpolitik muss zunächst der robuste Schutz unserer Außengrenzen sein, der dazu führt, dass illegale Einwanderung konsequent unterbunden werden und Schleuserbanden das Handwerk gelegt werden kann. Daher muss die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zum effektiven Schutz der EU-Außengrenzen befähigt und eine Grenzinfrastuktur errichtet werden, die zu einer Reduzierung der unerlaubten Einreise in den Schengenraum führen wird. Entscheidungen über Asylanträge müssen an der EU-Außengrenze getroffen werden. Es gilt, Anreize für einen unbegründeten Asylantrag in Deutschland zu minimieren und Staaten, wie z.B. die Maghreb-Staaten und Georgien, als sichere Herkunftsländer einzustufen. Schließlich müssen auch Anreize für eine Sekundärmigration nach Deutschland gesenkt werden, indem die Sozialstandards in der EU für Asylbewerber und Schutzberechtigte unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Mitgliederstaaten angenähert werden.

Europa darf, wenn es seine Seele bewahren will, aber auch die kulturellen Wurzeln seiner Geschichte nicht vernachlässigen. Einigkeit in Vielfalt ist zurecht das Leitmotiv der Europäischen Union, das auf den großen kulturellen Reichtum verweist. Diese Vielfalt gilt es durch die Stärkung des Austauschs zwischen den Kultur- und Sprachräumen zu pflegen und lebendig zu halten. Das Saarland ist als Brücke zwischen dem französisch- und dem deutschsprachigen

Raum für den kulturellen Austausch und die gegenseitige kulturelle Bereicherung unersetzbar. Wir begrüßen, dass die Landesregierung die bereits etablierte Zusammenarbeit mit der Cité Internationale de la Francophonie weiterführt. In einer assoziierten Mitgliedschaft in der Organisation Internationale de la Francophonie sehen wir große nicht zuletzt kulturelle Chancen für unser Land.

Damit Menschen in Europa nicht nur miteinander kommunizieren können, sondern sich auch wirklich verstehen, wollen wir mehr für die Förderung der Mehrsprachigkeit in ganz Europa tun. Das Ziel der EU-Sprachenpolitik, das diese im Jahr 2002 beschlossen hat, dass jeder junge Europäer die eigene und zwei Fremdsprachen erlernen soll, halten wir nach wie vor für richtig. Gerade in unserer Region bedeuten mehr Sprachen auch mehr Chancen. Nirgends wird das deutlicher als auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der Großregion. Wir begrüßen daher, dass die saarländische Landesregierung die Frankreich-Strategie fortführt.

Wir wollen jedoch in der Europapolitik des Landes, der grenzüberschreitenden Arbeit und der Umsetzung der Frankreich-Strategie auch neue Akzente setzen und fordern die Landesregierung daher dazu auf:

- Wir wollen die Möglichkeiten des Erwerbs der französischen Sprache im Alltag der Saarländerinnen und Saarländer verbessern. Dazu braucht es mehr und besser zugängliche Lernangebote auch für Erwachsene in analoger wie digitaler Form sowie eine Tandembörse zum Spracherwerb durch Kommunikation mit Muttersprachlern, die dadurch ihre Sprachkenntnisse in Deutsch verbessern wollen.
- Wir streben als Bundesland Saarland eine assoziierte Mitgliedschaft in der Organisation Internationale de la Francophonie an, um die Chancen der Mehrsprachigkeit unserer Region weltweit noch besser nutzen zu können.
- Wir wollen die grenzüberschreitende Gesundheitsregion verwirklichen. Entscheidend für die Frage, in welches Krankenhaus ein Patient geht, muss sich in dieser Zukunft nicht am Verlauf der nationalen Grenzen und der Zuständigkeiten der jeweiligen Systeme, sondern ausschließlich an der Frage orientieren, wo der jeweilige Patient für seine jeweilige Erkrankung die beste und schnellste Behandlung erhalten kann. Unser Ziel ist es, einen grenzüberschreitenden Gesundheitskorridor schaffen, in dem die Frage des Wohnsitzes für den Zugang zum Gesundheitssystem des jeweiligen Nachbarn keine Rolle mehr spielt.
- Wir wollen die unsere Grenzregion zum Labor für Klimaresilienz machen. Dazu brauchen wir ein grenzüberschreitendes Netzwerk für die Akteure, die auf lokaler und regionaler Ebene Maßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz erarbeiten und umsetzen. Unser Ziel ist es, die Grenzregion zum deutsch-französischen Labor für Klimaresilienz zu werden, indem wir voneinander lernen und miteinander grenzüberschreitende Maßnahmen umsetzen.